



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/IV/59

20. Mai 1949

## Öffentliche Aufgabe Nr. 1

Von Richard Rainer Ohrtmann

Die Hemmnisse, die dem Wohnungsbau entgegenstehen, werden ebenso häufig erörtert, wie vordem die Schwierigkeiten der Ernährung. Dabei tritt eine seltsame Umkehrung zutage. Die Währungsreform, die die Zurückhaltung in der Erzeugung und im Handel mit Lebensmitteln und Verbrauchsgütern aller Art schlagartig beseitigte, wirkt auf die Bautätigkeit im Sinne einer Zurückhaltung von der Geldseite her.

Es versteht sich, dass hier einer der Widersprüche vorliegt, die der freien, planlosen Wirtschaft unvermeidlich anhaften. Neben dem Problem der Herabsetzung der Baukosten, das technischer und organisatorischer Natur ist, und nur gelöst werden kann, wenn die Bauwirtschaft aus ihrer technologisch längst überholten, handwerklichen Verfassung herausgeführt wird, ist die suchende Erörterung vor allem auf die vorhandenen Möglichkeiten der Kapitalerschließung gerichtet.

Kapital für den Wohnungsbau bereitzustellen bedeutet nach der heutigen Sachlage, dass die Empfänger des Sozialproduktes auf einen Bruchteil des ihnen zufließenden Anteils verzichten. Angesichts des gesunkenen Lebensstandards der breiten Masse ist aber eine weitere Senkung des Konsumniveaus untragbar.

Die Finanzierungsvorschläge richten sich deshalb auf die Stellen, wo bei der gegenwärtigen Verteilung der Einkommen Gelder dem unmittelbaren Verbrauch entzogen und angesammelt werden. Das ist der Fall bei der Sozialversicherung in ihren verschiedenen Zweigen (Arbeitslosenversicherungsstock, Landesversicherungsenstalten, Berufsgenossenschaften), aber auch bei den privaten Versicherungsträgern. Nach diesen Geldern späht längst auch der Staat für allgemeine Etat Zwecke, und es mag gut sein, jetzt und rechtzeitig hier einen Riegel vorzuschieben. Denn nach dem zweimaligen Panama der deutschen Sozialversicherung, das nach jedem Kriege zwanzig mühsam abgedarbt Milliarden kostete, wäre es frevelhaft leichtfertig, abermals die notwendigen Rückdeckungen in Staatspapieren anzulegen. Die Anlage dieser Fonds in gemeinnützigen Wohnbauten bietet wenigstens eine reale Sicherheit für das hergegebene Kapital, wenn die erzielbaren Mieten die laufenden Unterhaltungskosten übersteigen und damit eine minimale Verzinsung sichern.

Das kann nur erreicht werden, wenn die öffentliche Hand selbst die Lücke zwischen Baukosten und Mieten durch zinslose Teilhypotheken schließt. Und damit wird die Kernfrage aufgeworfen: In welchem Umfange können und müssen Staatsmittel aus dem laufenden Steueraufkommen für den Wohnungsbau abgezweigt werden?

Was bisher in dieser Richtung bewilligt und geplant wurde, ist

nicht mehr als eine Art Ablasspfennig des öffentlichen schlechten Gewissens. Mit dem Wunschehrutengehen nach eingefrorenen Geldern ist es nicht weit her. Der Topf der ERP-Gelder, das heisst der Zahlungen der deutschen Verbraucher für die gestundeten Auslandslieferungen, wird sich nicht ewig aufs neue füllen. Ein Wohnungsbaulottomag, propagandistisch richtig aufgezogen, ein Mittel sein, den nationalen Wohnungsbau-Feldzug volkstümlich zu machen, der mögliche Ertrag aber ist unerheblich. Denn hier handelt es sich um Milliarden. Um zehn Millionen Menschen bescheiden zu behausen - das ist ungefähr der Nachholbedarf - müssten zweieinhalb Millionen Wohneinheiten mit einem gegenwärtigen Kostenaufwand von 37 Milliarden erstellt werden, dazu kommt die laufende Ersatzbauquote für überalterte Häuser und ein jährlicher Neubedarf. Das Gesamtvorhaben rückt also an das Ausmass des Volkseinkommens eines ganzen Jahres heran.

Diese Aufgabe auf eine ganze kommende Generation zu verteilen, würde der ungeheuren Not Lohn sprechen. Schon ein Jahrzehnt erscheint unerträglich. Aber auch dann sind noch vier Milliarden jährlich aufzubringen - sechs bis acht Prozent des mutmasslich erzielten Volkseinkommens. Das ist nicht so unerreichbar, wie es aussieht.

Wenn man bedenkt, dass der Staat in allen seinen Gliedern annähernd die Hälfte des Sozialprodukts auf dem Steuerwege an sich reißt, um damit unproduktive Reglementierungsaufgaben zu bestreiten, bleibt angesichts der völligen Unmöglichkeit, den Lebensstandard der Verbraucher noch weiter herabzusetzen, nur die Forderung nach einer einschneidenden Rückbildung des Staatsapparates, nach der Verringerung der öffentlichen Aufgaben, damit ein Teil des ordentlichen Steueraufkommens für den Wohnungsbau frei wird. Unsere Volkvertreter sollten sich ernsthaft überlegen, ob es nicht besser ist, die Kadres von Verwaltungsbeamten aufzulösen, die seit dem ersten Kriege die individuellen Lebensäusserungen des schaffenden Teiles der Bevölkerung immer neuen nutzlosen und ärgerlichen Reglementierungen und Kontrollen durch unermessbar viele staatliche Organisationen mit Ober-, Mittel- und Unterbau unterworfen haben. Zehn Prozent der öffentlichen Haushalte für die unverzinsliche Hälfte der Wohnbaufinanzierung einzusparen, das geht nicht ab, ohne eine ernsthafte Reorganisation des angeschwollenen Behörden-Apparates.

Die Bevölkerung hat Gelegenheit.... (sp.) Landauf, landab werden in der Ostzone "Volkskontroll-Ausschüsse" nach den Richtlinien der Deutschen Wirtschaftskommission gebildet. "Zu den Aufgaben dieses Ausschusses gehören die Bekämpfung des Bürokratismus in Wirtschaft und Verwaltung und die Aufdeckung von Sabotage, Spekulation, Schiebertum und Kompensationsgeschäften. Der Volkskontrollausschuss ist berechtigt, alle Einrichtungen von Verwaltung und Wirtschaft zu kontrollieren... Zur Durchführung solcher Aufgaben zählt der Ausschuss auf die tatkräftige Unterstützung der breiten Massen der Schaffenden... Die Bevölkerung hat Gelegenheit, Beschwerden und Anregungen aller Art dem Kreiskontrollbeauftragten im Rathaus, Zimmer x vorzulegen". (Freiheit", Halle vom 10.5.49). Jeder Wirtschaftsbetrieb wird damit als vogelfrei erklärt. Jeder Laden-Inhaber und jeder kleine Handwerker zittert vor der nunmehr amtlich sanktionierten "Volkskontrolle". Das Denunziantentum kann sich austoben. Die praktische Folge: Betriebs- und Geschäftsschliessungen am laufenden Band, Enteignung auf kaltem Wege. -e. (d/B.66/205/1/hs)

## Des Kräfteverhältnis in Griechenland

-----  
 Von unserem A.W.-Mitarbeiter

Als Ende vorigen Jahres aus dem amerikanischen Kongress das Eingeständnis kam, dass das grosse Unternehmen zur Vernichtung der kommunistisch geführten Aufständischen in Griechenland als gescheitert angesehen werden müsse, war das nicht nur für das griechische Volk, sondern für die ganze westliche Welt eine grosse Enttäuschung. Die Amerikaner hatten damals schnell eine Erklärung bei der Hand, indem sie die königlich-griechischen Truppenführer für den Misserfolg verantwortlich machten. Doch lassen die Gründe sich nicht auf einen so einfachen Nenner bringen.

Vor allem ist bei den Kämpfen in Griechenland das Kräfteverhältnis der beiden Parteien kein so sicherer Anhaltspunkt für die Erfolgsaussichten. Zur Bandenbekämpfung in einem gebirgigen, unwegsamen Gelände gehört eine erhebliche personelle wie materielle Überlegenheit. Die Kommunisten verfügen über eine Stärke von rund 30.000 Mann, während die Regierungarmee, in acht Divisionen gegliedert, 130.000 Mann zählt. Diese Überlegenheit von 100.000 Mann hat sich als nicht ausreichend erwiesen. Wenn als Grund angegeben wird, dass nur die nahe albanische Grenze die Aufständischen davor bewahrte, gefangen genommen zu werden, so kann man auf der anderen Seite sagen, dass der Führer der kommunistischen Verbände, damals noch Markos, sich ja nie in einen solchen entscheidenden Kampf eingelassen hätte, wenn er nicht diese Grenze im Rücken gehabt hätte. Und der griechische Generalstab mit seinen 200 amerikanischen Offizieren und Beobachtern, die ihm zur Beratung zur Verfügung stehen, können auch nicht behaupten, dass ihnen das nicht bekannt gewesen sei. Auch an anderer Stelle, wo es keine rettende Grenze gab, und die Aufständischen eingekesselt wurden, konnten sie nicht vollkommen vernichtet werden.

Die materielle Ausstattung der griechischen Regierungstruppen ist gleichfalls unzureichend für ihre Aufgabe. Es gibt nur wenige leichte, gepanzerte Aufklärungseinheiten, die für den Bandenkrieg besonders wichtig sind. Die griechische Luftwaffe war selbst in den entscheidenden Tagen der Kämpfe am Gramos-Massiv nur in der Lage, täglich höchstens 140 Einsätze zu fliegen. Vor allem fehlt es aber an Nachrichtenmitteln und Transportraum. Mit guten Funkverbindungen - Drahtverbindungen werden von den Banden dauernd zerstört - wären die Regierungstruppen in der Lage, von bedrohten Punkten aus schneller alarmiert zu werden und Durchkammaktionen besser zu führen. Eine ausreichende Anzahl von Kraftfahrzeugen über würde ihnen die Möglichkeit geben, stärkere Einheiten an verkehrstechnisch besonders wichtigen Punkten als "Feuerwehr" bereitzustellen. Mit mehr Kraftwagen liesse sich ausserdem die Versorgung der Truppen ganz anders organisieren. Die Eisenbahn fällt im Bandengebiet meist aus, und die Entfernungen von den Häfen sind immer gross. So dauert es lange, bis der Nachschub für ein grösseres Unternehmen herangeführt ist, und allen Operationen haftet eine grosse Schwerfälligkeit an.

Die ungenügende personelle und materielle Stärke sind auf die halben Unterstützungsmassnahmen durch die Amerikaner zurückzuführen. Trotz den schlechten Erfahrungen in China glauben die Amerikaner immer noch mit möglichst wenig Geld, dafür aber einer umso grösseren Anzahl von "Beratern" auskommen zu können. Das Vertrauen des griechischen Volkes in seine Regierung ist nur noch sehr gering, vor allem, weil es ihr nicht gelungen ist, die ungeheuren sozialen Gegensätze zu mildern. Wenn aber diese Millionen armer und zerlumpter Menschen keine Hoffnung mehr auf eine Besserung ihrer Verhältnisse sehen, was hindert sie noch daran, im Kommunismus eine Chance, wenn auch wohl die letzte, zu

Sozialisten, Europa-Rat und Europa-Bewegung

---

Die Internationale Sozialistische Konferenz in Saarns in Holland hat neben anderen Fragen die grundsätzliche Einstellung der sozialistischen Parteien zu den aus privater Initiative entstandenen Gruppen, die in der "Europa-Bewegung" zusammengeschlossen sind, und zu dem kürzlich gebildeten Europäischen Rat festgelegt. Darüber wird offiziös folgendes gesagt:

A) "Europa-Bewegung".

1. Jeder Partei ist es freigestellt, ob sie ihre Mitglieder ermächtigt, an den Arbeiten dieser Bewegung teilzunehmen oder nicht.
2. In dem Masse, wie es den einzelnen Parteien nützlich erscheint, wird Comisco über deren Tätigkeit auf diesem Gebiet auf dem Laufenden gehalten werden, und Comisco wird versuchen, diese Tätigkeit zu koordinieren.

B) "Europäischer Rat".

1. Die Konferenz hat mit Genugtuung festgestellt, dass der Gedanke der Einheit Europas endlich eine konkrete Form angenommen hat. Sie fordert die sozialistischen Parteien auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zum Gelingen eines Versuches beizutragen, der den friedlichen und fortschrittlichen Absichten der freien Völker Europas entspricht.
2. Sie betrachtet den Rat in seiner gegenwärtigen Form als eine Etappe auf dem Wege zu einer dauernden Europäischen Union, mit gemeinsamen Einrichtungen, sowohl administrativer wie auch wirtschaftlicher und sozialer Art, die der ständigen Kontrolle der verantwortlichen Vertreter der Völker unterliegen.
3. Die sozialistischen Vertreter im Europäischen Rat werden sich in ihren Handlungen von den berechtigten Interessen der arbeitenden Massen und von den Zielen des internationalen Sozialismus leiten lassen.
4. Die Konferenz glaubt, dass die auf der Tagesordnung der Beratungskörperschaft stehenden Fragen von allen sozialistischen Delegierten gemeinsam im Lichte der gemeinsamen Interessen der von ihnen vertretenen Länder geprüft werden sollen.
5. Sie nimmt die Tatsache zur Kenntnis, dass das gegenwärtige Statut des Rates nur ein Ausgangspunkt ist und dass die Mitgliedschaft jedem Staat offen bleibt, der sich verpflichtet, dessen Statuten zu respektieren. Sie hofft daher, dass der Zuständigkeitsbereich der Beratungskörperschaft nach und nach erweitert werden wird und dass jene demokratischen Länder Europas, die bisher nicht Mitglieder sind, bald an der Arbeit des Europäischen Rates werden teilnehmen können.
6. Die Konferenz unterstreicht die Notwendigkeit, dass die neue Institution ihre Bemühungen auf die konkretesten und dringendsten Erfordernisse des Wiederaufbaus Europas konzentriert, die ein koordiniertes und geplantes Wirtschaftsprogramm erfordern. Sie hofft, dass eine Grundlage gefunden werden wird, die die

Herstellung enger Beziehungen zwischen der Tätigkeit des Rates und der Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (O.E.E.C.) ermöglicht, so dass Staaten, die dieser Organisation angehören, aber noch nicht Mitglieder des Europäischen Rates sind, an dessen Arbeit angeschlossen werden können.

Die Konferenz ist einig in der Überzeugung, die auch die der arbeitenden Massen ist, dass die Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaft am schnellsten durch die Methoden des demokratischen Sozialismus verwirklicht werden kann.

7. Die Konferenz betont, dass die Probleme Europas nicht isoliert gelöst werden können; ein einheitliches Europa muss die Herstellung immer engerer wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zu anderen Teilen der Welt anstreben. Das Schicksal Europas ist unlösbar verbunden mit dem Schicksal der Demokratie in der ganzen Welt.

Die Konferenz ist der Ansicht, dass die Aufgaben, die dem internationalen Sozialismus in Europa gestellt sind, nur einer der Aspekte seiner Mission sind.

Wir müssen daher die Bande, die die sozialistischen Parteien und die demokratischen Organisationen der Arbeiterklasse in der ganzen Welt miteinander verknüpfen, dauernd verstärken, um eine sozialistische Weltallianz im Dienste des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts zu schaffen.

9b/Bl/1/205/hs)

#### Wahlvorbereitungs-Konferenz

Am 19. und 20. Mai (Donnerstag und Freitag) befassten sich massgebende Instanzen der SPD in Hannover mit Fragen der technischen und organisatorischen Vorbereitungen der Wahl. Am ersten Tage konferierte der speziell mit dieser Aufgabe beauftragte Siebener-Ausschuss, der sich aus den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes, Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer und Herta Gotthelf sowie aus vier Vertretern aus den einzelnen Zonen, Fritz Henssler-Dortmund, Waldemar von Knöringen-München, Franz Neumann-Berlin und Franz Bögler-Neustadt a.d.H. zusammensetzt. Am zweiten Beratungstage traten zu diesem Gremium die politischen Sekretäre.

(m/1/205/hs)

#### Machui aus der SPD ausgeschlossen.

Herr Arthur von Machui ist wegen aktiver Teilnahme an einer kommunistischen Veranstaltung in Hannover mit sofortiger Wirkung aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossen worden.

(m/1/205/hs)

### Der Traktorist als Hoheitssträger

---

Aus der Ostzone wird uns geschrieben:

sp. In der Landwirtschaft der Ostzone bereitet sich eine Entwicklung vor, deren Bedeutung vielfach unterschätzt oder überhaupt nicht erkannt wird. Nach aussen vollzieht sie sich im technisch-fachlichen Bereich, man muss aber die politischen Hintergründe kennen, um die tatsächliche Stossrichtung dieser Aktion fixieren zu können.

Es handelt sich um die neugeschaffene Verwaltung der Maschinen-Ausleih-Stellen (MAS). Die aus der Bodenreform angefallenen Maschinen und Geräte waren bisher Eigentum der "Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe" und wurden von den Ortsvereinigungen ausgeliehen. Die Gebühren waren derart hoch - für eine Schlepperstunde 8,50 DM ohne Anhängengerät - dass sie für Kleinbauern untragbar waren. Andererseits wuchsen die Reparaturkosten nicht zuletzt darum ins Unmessbare, weil die Einzelteile aus dem Westen fehlten. Die Folge waren Millionen-Fehlbeträge, die nur durch Staatsunterstützungen gedeckt werden konnten.

Nunmehr wurde eine eigene Verwaltung der MAS geschaffen, die unabhängig von der VdGB arbeitet. Ein höherer wirtschaftlicher Effekt soll erreicht werden, indem der Einsatz der Maschinen besser geplant werden kann und die Verfügungsgewalt über die Maschinen in Privatbesitz und den gesamten Treibstoff, der der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt wird, der neuen Organisation zufällt. Hier ist schon der Übergang auf das politische Gebiet erkennbar. In Wirklichkeit ist die Umorganisation ein weiterer Schritt zur Kollektivierung, der nicht deutschen Notwendigkeiten entsprang, sondern auf russischen Befehl erfolgte. Nach russischem Muster soll die MAS "das politische und kulturelle Zentrum des Dorfes" sein, sollen die "Agronomen" und "Traktoristen" die politischen Funktionäre, Erzieher - und Spitzel auf dem Lande werden. Neben den Gebäuden der MAS soll das "Klubhaus" stehen. Jetzt schon werden die künftigen Leiter der MAS und die Schlepperführer politisch ausgerichtet, wobei besonders der FDJ grosse Aufgaben bei der Auswahl und Schulung "fortschrittlicher Menschen" zufallen.

Die neue Organisation wird finanziell grosszügig ausgestattet, der Apparat ist sehr umfangreich. Die Gebäude der MAS sollen in diesem Jahre Vorrang vor allen anderen Bauvorhaben geniessen, so dass damit zu rechnen ist, dass für Neubauerengebäude nicht viel übrig bleiben wird. Die VdGB, die bisher im Jahre einen Zuschuss von mindestens 25 - 30 Millionen DM bekam, soll erheblich weniger bekommen und muss mit Sparmassnahmen rechnen, die ein Drittel der bisherigen Ausgaben ausmachen.

Das Rezept ist einfach: Ausgehend von der These, dass wirtschaftliche Macht zugleich politische Macht bedeutet, glaubt man die Kleinbauern, die der MAS auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind, auch politisch ganz in die Hand bekommen zu können. Es wird eine Pleite werden. Zwar stehen den MAS aus der Neuproduktion an landwirtschaftlichen Maschinen 80 Prozent, aus der Schlepperproduktion 100 Prozent zur Verfügung, aber das ist nicht mehr als ein schlechtes Versprechen. In Sachsen, dem einzigen Land mit einer nennenswerten Landmaschinenindustrie, war im vergangenen Jahr laut einer beim Ministerium für Landwirtschaft geführten geheimen Statistik die Neuproduktion in stei-

ler Kurve fast bis auf den Nullpunkt gesunken. Bleibt der Zugriff auf den Privatbesitz an Maschinen. Er wird nicht lange auf sich warten lassen, aber auf die Dauer auch nicht viel einbringen.

Politisch kann durch die neue Organisation nur der Terror verschärft, die Grundhaltung der Landbevölkerung wird nicht geändert werden. Wenn es in der Ostzone ein klares politisches Faktum gibt, dann ist es die Ablehnung des Kommunismus. Gerade auf dem Lande reden die Tatsachen eine andere, härtere Sprache, als die im Geschwindverfahren ausgebildeten Traktoristen. (b/B.6a/205/1/hs)

#### -----

#### Volksdemokratische Journalisten-Internate

#### -----

sp. Bei der letzten Tagung des Verbandes der tschechoslowakischen Journalisten wurde vermerkt, es sei zwar gelungen, die "anfängliche Nervosität und Unausgeglichenheit" in der tschechischen Presse halbwegs zum Verschwinden zu bringen, doch sei es noch nicht geglückt, den tschechischen Journalisten "zum Lehrer und Berater der arbeitenden Massen bei deren politischen Umerziehung zu machen". Die bisherige regelmässige Schulung der Journalisten müsse daher fortgesetzt werden, darüber hinaus aber plant man noch eine spezielle Schulung der Presseleute in eigenen Internaten. (b/B.122/1/205/hs)

#### -----

#### Pfälzer "Junge Union" in der Krise

#### -----

sp. Wie wir aus Neustadt a.d.H. erfahren, machen sich seit einiger Zeit in der ganzen Pfalz wachsende Spannungen zwischen der "Jungen Union" und der CDU bemerkbar. Besonders auffällig war in diesem Zusammenhang, dass kürzlich sowohl der Kreis- als auch der Ortsgruppenvorsitzende der "Jungen Union" in Bergzabern ihre Ämter niedergelegt haben. Der erstgenannte, ein Herr Mahlem, hat als Begründung fehlenden Idealismus unter den Mitgliedern und Mangel an Organisation angeführt, die ein erfolgreiches Arbeiten unmöglich machten.

-----

Wünsche für Israel. (sp.) Dr. Kurt Schumacher, der Vorsitzende der SPD ist von der Düsseldorfer Synagogen-Gemeinde zu dem Festakt anlässlich des 1. Jahrestages der Gründung des Staates Israel für Sonntag, den 22. Mai eingeladen worden. In seiner Antwort bedauert Dr. Schumacher aufrichtig, an diesem Tage durch eine Tagung in Hannover verhindert zu sein, die seit Wochen festliege. "Ich möchte aber nicht verfehlen" - heisst es dann weiter - "den Veranstaltern meine besten Wünsche für das gute Gelingen dieses Festaktes auszusprechen. Wir deutschen Sozialdemokraten bewundern die enorme Leistung des jungen jüdischen Staates und wünschen ihm von Herzen alles Gute und den besten Erfolg".